

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau/Neudorf

(Sorauer Wochenblatt)

Sechshundert Nummer 22 und 37.

Hollfeld-Ronto:
Nr. 954 Berlin N.W. 1

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Wiro-Ronto
bei der Reichsbank



Ercheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. - Verkaufspreis: In den Ausgabestellen in Stadt und Land 1,00 Goldmark, ins Haus gebracht 2,00 Goldmark mehr, im Wochenbezug 4,00 Goldmark, ins Haus gebracht 5,00 Goldmark mehr. Durch die Post bezogen 1,50 Gm. durch den Briefträger ins Haus gebracht 4,00 Goldmark mehr. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Verspätung hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiederumsetzung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 9 gepaltene Kolonelle für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 5 Goldpennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 7 Goldpennig. Im Restenteil die 4 gepaltene Kolonelle je Millimeterhöhe 18 Goldpennig. - Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Übernehmen, bleibt nach letztem Satz, nur gültig bei sofortiger Bezahlung. Bei späterer Zahlung, bei Konturen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 140

Donnerstag, den 18. Juni 1925

115. Jahrgang

Veröffentlichung der Sicherheitsnote erst am Freitag.

Uebersetzung der Antwortnote.

Die französische Antwortnote auf das deutsche Sicherheitsmemorandum vom 8. Februar ist Dienstag mittags kurz nach 12 Uhr dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann durch den französischen Vizebotschafter de Marsgerie übergeben worden. In der Antwort wird die Stellungnahme Frankreichs und seiner Alliierten zu der deutschen Anregung ausführlich dargelegt.

Wie W. L. B. berichtet, war zunächst in Aussicht genommen, die Note und das deutsche Memorandum am Donnerstag zu veröffentlichen. Nunmehr heißt es, daß die beteiligten Regierungen sich nachträglich dahin geeinigt haben, die Veröffentlichung erst am Freitag morgen vorzunehmen.

Die französische Antwortnote ist ein ziemlich umfangreiches Schriftstück, das sehr wichtige und in einzelnen nachsuptrendende juristische Darlegungen enthält. Die ersten Mitteilungen über den Inhalt, den die Note in den deutschen Regierungskreisen gemacht hat, dürften im Zusammenhang mit der übrigen nicht auf heutige Anregung erfolgten Veröffentlichung der Veröffentlichung auf Freitag erst im Laufe des Donnerstag zu erwarten sein.

Gegenüber Mitteilungen über den angeblichen Inhalt der Note ist große Vorsicht und Zurückhaltung am Platze, namentlich gegenüber jenen Meldungen, die von der Forderung eines Durchmarschrechtes zu berichten wissen oder die die Anschlußfrage mit der Note in Verbindung bringen.

London, 16. Juni. Einer Neutermeldung zufolge wird die französische Antwort auf den deutschen Sicherheitsvorschlag in London am Donnerstag nachmittags als Weisbuch veröffentlicht werden, das den Meinungsaustrausch zwischen der britischen und der französischen Regierung über diese Angelegenheit enthalten wird.

Das deutsche Memorandum in der Sicherheitsfrage.

Die Reichsregierung hat sich nunmehr entschlossen, mit der Veröffentlichung der französischen Antwortnote auf das deutsche Sicherheitsmemorandum vom 8. Februar auch den Wortlaut des damaligen Angebots bekanntzugeben. Dieser Entschluß wurde unbedingt notwendig durch die drängende Haltung der Parteien, die in den letzten Tagen wiederholt ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck gegeben haben, daß nur unvollständige Mitteilungen über den damaligen deutschen Schritt bekannt geworden sind. Allerdings hat der Außenminister noch bis zum letzten Augenblick gewisse Bedenken gegen eine Preisgabe der Vertraulichkeit des deutschen Memorandums geltend gemacht, zumal es sich um eine gewöhnliche diplomatische Aktion, nicht aber um einen öffentlichen Schritt der Reichsregierung handelt. Es ist nunmehr anzunehmen, daß die teilweise, die erregten Auseinandersetzungen, die in den politischen Kreisen über das Vorhaben der Regierung entstanden waren, recht baldigst zum Stillstand kommen, denn bei den nunmehr beginnenden außerpolitischen Verhandlungen müssen die Parteien die Position des Reichsministeriums stärken, anstatt durch neue innenpolitische Konflikte die Stellung Deutschlands gegenüber der Entente zu schwächen. Im übrigen steht zu erwarten, daß die Reichsregierung noch nähere Mitteilungen über den Charakter des damaligen deutschen Angebots der Öffentlichkeit gegenüber machen wird.

Die Haltung Italiens abwartend.

Die Antwort der italienischen Regierung auf die von der französischen Regierung entworfene Antwortnote an die deutsche Reichsregierung betreffend den Vorschlag eines Sicherheitspaktes ist in Paris eingetroffen. In dieser Note erklärt die italienische Regierung, daß sie mit der französischen Regierung über die allgemeinen Grundsätze, unter denen ein Sicherheitspakt abgeschlossen werden müsse, einverstanden sei. Aber im jetzigen Stadium der Verhandlungen trete die Auffassung, die jedes Land hege, noch nicht klar genug zutage. Erst wenn die deutsche Regierung ihre An-

wort an die französische Regierung mitgeteilt habe und die Verhandlungen im Gange seien, kann die italienische Regierung ihren Standpunkt festlegen.

Wie wir erfahren, hat die italienische Regierung den deutschen Vizebotschafter in Rom dahin verständigt, daß Italien sich für das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes ernsthaft interessiert und den Gang der jetzigen Auseinandersetzungen mit Aufmerksamkeit verfolgen werde. Die italienische Regierung ist absichtlich zu einem gegebenen Zeitpunkt in die Erörterungen über die Sicherheitsfrage einzugreifen. Sie sei zu direkten Verhandlungen mit der deutschen Regierung bereit.

In England

gewinnt die Abneigung gegen den gesamten Sicherheitspakt noch immer an Boden. „Daily Express“ nimmt in einem Artikel mit der Überschrift „Der Todespakt“ gegen den von Frankreich vorgelegenen Sicherheitspakt Stellung. Das Blatt schreibt u. a.: „Dieser Pakt ist eine noch ärgere Gottesgeißel, als die Plage, die jeden ergeborenen Ägypter mit dem Tode traf. Dieser Kriegspakt will den Tod aller. Wie wird es möglich sein, unsere Kinder zu retten? Gewiß nicht dadurch, daß man auf die Polizeistrafen, die sich von Frankreich her Sirenenengeläute heulen lassen. Nur die englischen Eltern, die ihre Kinder nicht auf die Schlachttänze schlingen wollen, können ein wirksames Veto einlegen. Sie können diesen Kriegspakt nicht abstoßen, bevor er unterzeichnet ist, denn, wenn sie dies nicht tun, werden sie eines Tages von ihren Kindern verflucht werden.“ — Die „Weltminister Gazette“ kommt nach einem ausführlichen Vergleich zwischen dem Genfer Protokoll und dem Abkommen Briand-Chamberlain zu einem etwas weniger ablehnenden Entschluß und sagt: „Niemand wird England Frankreich das Durchmarschrecht durch das Rheinland gewähren können. England aber habe die Pflicht, seinen allgemeinen Teil zu der Sicherheit in Europa beizutragen, und dürfe sich dieser Pflicht nicht entziehen.“

Polnische Zustimmung.

Paris, 16. Juni. Wie die Morgenblätter melden, ist auch aus Warschau die Nachricht eingegangen, daß die polnische Regierung nach aufmerksamer Prüfung der Antwortnote in der Sicherheitsfrage völlig beifällig ist.

Der Militärkontrollbericht offiziell überreicht.

Der Reichsregierung ist jetzt der Bericht der internationalen Kontrollkommission über die Abrüstung Deutschlands offiziell zur Kenntnis gebracht worden. Dieser Tatkunde ist besonders interessant, da bisher nur Veröffentlichungen des Berichtes von französischer oder englischer Seite erfolgt waren, während der deutschen Regierung der genaue Wortlaut vorenthalten worden war. Die alliierten Regierungen wollen damit ganz offensichtlich ein Vertrauen nachholen und den deutschen Befehlshabern über die bisherige Behandlung des Militärkontrollberichts Rechenschaft geben. Unter solchen Gesichtspunkten wird sich, wie wir hören, die Reichsregierung verhalten, wenn sie auch in nächster Zeit zu dem Kontrollbericht offiziell Stellung zu nehmen.

Der Bericht ist etwa doppelt so lang, wie von der Havas-Agentur mitgeteilt wurde. Er enthält eine große Anzahl noch nicht veröffentlichter technischer Belege, die aber nur die Durchsicht der Schlussfolgerungen der Havas-Agentur verstaten. Die Deutsche Reichsregierung beschäftigt sich Ende dieser Woche die Veröffentlichung des Schlussberichts mit der dazu gebührenden Widerlegung.

Noch keine Amnestievorlage der Regierung.

Dem Vorhaken des Reichsausschusses des Reichstags, Geheimrat Prof. Dr. Kahl, gehen, wie er mitteilt, Aufschichten und Gesuche, die die Amnestie betreffen, in letzter Zeit in so großer Anzahl zu, daß es ihm unmöglich ist, alle Zuschriften zu beantworten. Geheimrat Kahl macht darauf aufmerksam, daß zurzeit eine Vorlage der Reichs-

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 17. Juni. (Radiobienst des „Sor. Tagebl.“) Wie „Journal“ berichtet, hat der gestern in Paris eingetroffene Vizebotschafter der deutschen Wirtschaftsdelegation, Staatssekretär von Trendelenburg, mit dem französischen Handelsminister eine Besprechung gehabt. Der Besuch sei eine einfache Fühlungsnahme gewesen. Die Handelsvertragsverhandlungen werden heute wieder aufgenommen. Nach dem „Coeur“ werden die beiden Delegationsführer um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der die Diskussionen über die endgültige Ausarbeitung des Handelsvertrages beginnen sollen.

Amerika und der Dawesplan.

New York, 17. Juni. (Radiobienst des „Sor. Tagebl.“) Nach einem bei der „Associated Press“ eingegangenen Rundfunkbericht von George Washington halten die Mitglieder der amerikanischen Handelskommission eine Reihe von Beratungen auf dem Schiffe ab, um zu den Fragen Stellung zu nehmen, die vom Vizebotschafter der Sowjetunion, dem Lord Bedford, gestellte Forderungen zum Jahr 1925 bis 1926 eine kritische Periode für die Ausführung des Dawesplanes bedeuten würden. Ferner wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die unter dem Dawesplan erfolgten Ueberweisungen bedeutender Summen von Deutschland an die Alliierten für die Vereinigten Staaten als Gläubigerkategorie von unumkehrbarer Bedeutung sein werden. Die Anregung, daß Deutschland bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten in unentwickelten Ländern ermäßigt werden sollte, wurde von den Delegierten eingehend erörtert. Der neue amerikanische Vizebotschafter in Berlin, Sherman, folgte den Verhandlungen der Versammlung mit lebhaftem Interesse.

Ein Deutscher von den Franzosen verschleppt.

Karlsruhe, 16. Juni. Wie badische Blätter melden, wurde auf der Straße zwischen Appenweier und Jufenhofen, das zum besezten Gebiet gehört, der 25 Jahre alte Kaufmann Hugo Hinterhalter von der französischen Polizei ergriffen und in einem Auto verschleppt. Hinterhalter gehört dem Jungdeutschen Orden an.

Köln, 16. Juni. Aus der französischen und belgischen Besatzungszone werden verschärfte Bestimmungen gemeldet.

In Mainz ist angeordnet worden, daß alle Veranlassungen, Ausschreitungen und Feilschereien 20 Tage vorher unter Angabe von Zweck und Ort und dem Namen der Vereine und Führer den Kreisdelegierten anzuzeigen sind. Auch die Farben der Vereinsfahnen müssen angegeben werden.

Sofia auf dem Pulverfaß.

Einer der besten Beweise dafür, daß die Kommunisten in der bulgarischen Hauptstadt seit langem eine terroristische Aktion planten, ist die Entdeckung einer regelrechten Pulverkammer in Sofia. Ein gewisser Goranoff, Angehöriger der Nationalbank in Sofia, wurde vor einiger Zeit als der Mittelschaffant an den letzten Mittelnachschub verhaftet. Kurz darauf wurde der Besatzung der Polizei auf ein großes neues Haus beim Bahnhof gefasst, wo mehrere Versionen regelmäßig ein und aus gingen. Die Hausdurchsuchung ergab, daß die Säuremannern circa 75 Zentimeter dick und die Keller ganz besonders ausgebaut waren. Man fand Geheimdrüsen, die zur Aufbewahrung von Sprengstoffen dienen. Von diesen waren schon eine Anzahl weggeschafft worden, da die Frau Goranoffs Angst bekam. Zimmerchen wurden unter den zurückgelassenen Vorhängen mit 50 Pfund Dynamit, 200 Pfund andere Sprengstoffe, 25 ungefüllte Silenmalpatronen, 90 Bomben, 4000 Sprengkapseln und Säurekapseln gefunden, alles in allem Menschen, die genötigt hätten, um ungeheuren Schaden anzurichten.

Die Lage in China.

Neuer zufolge deuten die aus Schanghai eingegangenen Telegramme darauf hin, daß die allgemeine Lage etwas besser ist. Auch in Peking, wohin die chinesische Regierung eine weitere Division geworfen habe, sei eine Besserung zu verzeichnen. In Kwantung sei die Lage nach den letzten japanischen Nachrichten aus China gegenwärtig ruhig. Die Frauen der japanischen Staatsangehörigen hätten sich in das japanische Konsulat geflüchtet. Die Bank von Formosa sei vollständig eingekassiert. Die britische Niederlassung habe unter dem Schutz britischer und japanischer Marinen, die von Freiwilligen unterstützt werden.

Peking, 16. Juni. Die Regierung läßt auf die Vorstellungen der ausländischen Vertreter hin Truppen des Generals Fengguang in der Stadt patrouillieren und die wichtigsten ausländischen Geschäftsbüros und Wohnhäuser bewachen.

Ein britischer Ingenieur niedergeschossen.

Schanghai, 16. Juni. William Martens, ein von der elektrischen Abteilung der britischen Konsulate in Schanghai, wurde heute nach Aufbruch der Fremdenverkehrsleistung im Aufbruch von Schanghai erschossen. In seiner Begleitung befand sich ein Fräulein Duncan, die leicht verwundet wurde. Die Mörder sind entkommen.

Die verhängnisvollen Schüsse wurden während einer Automobilfahrt an der Grenze des Fremdenviertels von einigen als Aufrührer verkleideten Chinesen abgefeuert. Mit einem Feuer, obwohl an beiden Armen verletzt, den Wagen weiter, was sie verhindern wollte, ihrem Verenden Gefährten ärztliche Hilfe zu bringen.

Die Tat wird in amtlichen Kreisen Schanghai als ein absichtlich unternommener Versuch betrachtet, die Verhandlungen zwischen den Chinesen und den Vertretern der auswärtigen Mächte zu stören und die Bewegung wieder neu zu entfachen.

Schanghai, 16. Juni. Der britische Generalrat hat bei dem Zivilgouverneur und dem Kommissar des Neuhens wegen der Ernennung Madensies energischen Protest erhoben.

Meldungen aus den unruhigen Gebieten.

Paris, 16. Juni. Havas meldet aus Schanghai: Die Lage im Fremdenviertel hat sich gebessert. Der Streit der Seeleute und Dardarbeiter dauert an. Man meldet zahlreiche Angriffe auf Japaner in einer westlichen Vorstadt von Schanghai.

Der japanische Torpedobootversorger wurden nach Schanghai beordert und sind dort eingetroffen.

Der Generalstreik griff auf Swatow über. Ein britisches Kriegsschiff wurde nach Swatow entlassen.

Nach einer Meldung aus Wuhu werden dort fremdenfeindliche Versammlungen abgehalten, doch kam es bis jetzt zu keinen Unruhen. Aus Fushan und Amoy werden Unruhen gemeldet.

Sankau, 16. Juni. Der Gouverneur von Supeh ließ als Führer des kommunistischen Aufstandes vier Studenten verhaften, die sich bereits in der studentischen Bewegung als Führer hervorgetan hatten.

In Sankau haben die chinesischen Behörden einen bolschewistischen Agenten erschossen.

Die Grenzüberwacher in Peking befehlen, studentische Zusammenkünfte in der Hauptstadt unter allen Umständen zu verbieten.

Bolschewistischer Einfluß.

London, 16. Juni. Lord Rothermeres „Evening News“ fordert in einem sehr scharf gehaltenen Artikel, daß angeichts der Tatsache, daß die antientlichen Kundgebungen in China offensichtlich auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen seien, die Ausweisung sämtlicher Sowjetvertretungen in Großbritannien.

Ueber eine eigenartige Demonstration gegen mitleidige Fremde

wird aus London gemeldet: Die „Verbottene Stadt in Peking“ wurde gegen Eintrittsgebühr zugunsten der Streifenden in Schanghai für das ausländische Publikum geöffnet. Am Eintritt prangte ein Schild mit den Worten: „Sünden, Engländer und Japaner ist der Eintritt verboten.“